

Schleswig-Holstein

Wärmewende kostet sechs Milliarden

[24.04.2023] Nach Berechnungen des Verbands der Schleswig-Holsteinischen Energie- und Wasserwirtschaft kostet die Wärmewende die Stadtwerke im Land rund sechs Milliarden Euro. Der Verband fordert deshalb Landesbürgschaften in Höhe von rund zwei Milliarden Euro.

Die klimapolitischen Ziele der schleswig-holsteinischen Landesregierung sind durch einen massiven Ausbau der Fernwärmenetze und den Einsatz erneuerbarer Energien erreichbar – kosten die Stadtwerke in dem Bundesland aber mindestens sechs Milliarden Euro. Das berichtet der Verband der Schleswig-Holsteinischen Energie- und Wasserwirtschaft (VSHEW), der die Interessen von rund 50 kommunalen Stadt- und Gemeindewerken sowie Versorgungsunternehmen im Land vertritt.

Grundlage der aktuellen Kostenberechnung des VSHEW ist eine Studie der Berliner

Unternehmensberatung BBH Consulting. Danach müssen die Stadt- und Gemeindewerke in Schleswig-Holstein allein für die Errichtung von Energieerzeugungsanlagen auf Basis erneuerbarer Energien drei bis vier Milliarden Euro aufbringen. Hinzu kommen weitere rund drei Milliarden Euro für die Verlegung und den Anschluss von rund 10.000 Kilometern Fernwärmeleitungen bis zum Jahr 2040.

Zur Finanzierung dieser Wärmewende benötigen die schleswig-holsteinischen Stadtwerke nach Ansicht des Verbandes die Unterstützung der Landesregierung. Andreas Wulff, Vorstandsvorsitzender des VSHEW und Geschäftsführer der Stadtwerke Brunsbüttel sowie der Stadtwerke Steinburg, sagt: „Wir begrüßen die klimapolitischen Ziele der Landesregierung ausdrücklich und werden uns dieser Generationenaufgabe stellen. Um diese Aufgabe zu bewältigen, ohne die Versorgungssicherheit im Land zu gefährden, benötigen wir jedoch Landesbürgschaften in Höhe von rund zwei Milliarden Euro.“

Die Bürgschaften seien notwendig, um den Eigenkapitalanteil der Stadtwerke und die Finanzierung abzusichern. Für die Landesregierung sei diese Vorgehensweise auch günstiger als eine ansonsten notwendige Landesförderung, da die Bürgschaften keine Liquidität aus der Haushaltskasse abziehen würden. „Die technischen Herausforderungen halten wir dagegen schon heute für lösbar“, ist Wulff überzeugt.

(al)

Stichwörter: Politik, Schleswig-Holstein, VSHEW